

# Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

# KPÖ



## Der öffentliche Raum soll für alle offen sein

Die künftige Stadtwache soll missliebige Personen aus dem öffentlichen Raum vertreiben. Ist es aus mit der Stadt für alle?

Was ist schöner, als unbeschwert durch die Stadt zu flanieren, im Park mit Freunden abzuhängen oder einen Platz zum öffentlichen Wohnzimmer zu erklären. Einfach den öffentlichen Raum da-

für zu nutzen, wofür er geschaffen ist. Öffentlicher Raum ist Raum für alle, so die Linzer KPÖ.

Geht es nach der Rathausmehrheit, soll das nicht so bleiben. Mit der Stadtwache

ist ab September Kontrolle, Überwachung und Gängelung angesagt. Der öffentliche Raum soll nicht mehr für alle da sein. Vielleicht nur für eine Champagner schlürfende Minderheit?



**Gerlinde Grün**

Sozialpädagogin, KPÖ-Gemeinderätin

## Die superrote Variante im Gemeinderat

Kann das Wahlversprechen „Wir versprechen nichts als Widerspruch und lästige Fragen“ gehalten werden?

Acht Gemeinderatssitzungen und viele Aktivitäten später beweist sich: Die KPÖ im Gemeinderat tut der Stadt gut. Ohne KPÖ gäbe es keine kritische Diskussion über die Stadtwache. Niemand würde die Finger in die Wun-

den mangelnder kommunaler Demokratie legen oder die ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums hinterfragen.

### **Wir stellen die lästigen Fragen**

Dieses Infoblatt intensiviert den Austausch zwischen dem Geschehen im Gemeinderat und dem Leben draußen: Damit man draußen weiß, was drinnen los ist und umgekehrt.

### **Wie sozial ist Linz?**

Ein neues Linzer Sozialprogramm wird ausgearbeitet. Wir bringen die Meinung einiger LinzerInnen, was sie sich davon erwarten.



**Wolfgang Rohrstorfer** *Pensionist*

Mit einer Pension unter der Armutsgrenze spürt man jeden Euro für das Wohnen doppelt, zumal etwa Strom für Haushalte viel teurer ist als für die Industrie. Eine Energiegrundsicherung, bei welcher der Grundbedarf an Licht und Wärme kostenlos ist, wäre eine große Hilfe.



**Renate Hofmann** *Krankenhausbedienstete*

Soziale Stadt? Wie wäre es damit, die Wohnkosten auf ein Drittel des Einkommens zu begrenzen? Oder dass man, wenn man sich bei einer städtischen Genossenschaft anmeldet, von dieser auch ein Angebot bekommt und nicht jahrelang keinen Ton hört. Und dann das ganze Schlamassel von vorne beginnt.



**Edith Friedl** *Lehrerin*

Linz driftet auseinander: Für teure Renommierbauten sollen Bettler und andere „Randgruppen“ aus dem „sauberen“ Straßenbild verschwinden. Sozialvereine, die Hilfsbedürftige unterstützen, werden beschnitten. Sozial? Schaut anders aus: Weniger kalter Protz, mehr menschliches Prinzip!

### **BürgerInnenmitsprache nicht gefragt?**

Direkte Demokratie als bürokratischen Hürdenlauf erlebte die BürgerInneninitiative „Linz braucht keine Stadtwache“.

Demokratie auf kommunaler Ebene ist nicht nur ein alle sechs Jahre stattfindendes Ereignis. Das wollte auch die BürgerInneninitiative gegen die Stadtwache zeigen. Zwar blieb das Ergebnis unter den Erwartungen, es wurden aber jede Menge brauchbare Erfahrungen gesammelt. Zum Beispiel, dass die Verfahren für eine amtliche Initiative unnötig kompliziert

gestaltet sind. Das schreckt ab und macht nicht gerade Mut, sich einzumischen.

**Mehr als nur Legitimation**

Dabei sind die Mittel, sich aktiv in die Gestaltung der Stadt einzubringen ohnehin sehr eingeschränkt. Beteiligung und Mitbestimmung findet kaum statt, höchstens zur Legitimation von Projekten, die von der Politik vorgegeben sind.

„Mehr Demokratie wagen“ hieß es einst. Warum nicht auch bei kommunalen Entscheidungen?



**Michael Schmida**  
*Lehrer*

## Sauteures Spielzeug

Über eine Million Euro wird heuer noch für die Stadtwache ausgegeben. Geld, das anderswo besser investiert wäre.



Linz leistet sich einen zweifelhaften und gefährlichen Luxus: Ab Herbst soll ein Ordnungsdienst, gemeinhin Stadtwache genannt, durch die Straßen und Plätze patrouillieren. Selbst der Bürgermeister hat im Vorjahr in einem Interview angemerkt: „In Wahrheit wären das nur Organe zur Vertreibung.“ Damals war er scheinbar dagegen. In der Zwischenzeit hat er einen sagenhaften Umfaller hingelegt und befürwortet dieses sauteure Spielzeug für FP-Stadtrat Wimmer. Für einen Sicherheitsstadtrat, der beim Bundesheer als Sicherheitsrisiko gilt.

### Nicht gern zu Fuß

Diese Stadtwache verschlingt noch heuer mehr als eine Million Euro. Wie viel mehr es nächstes Jahr

wird, steht in den Sternen. Allein der Personalstand soll dann von 18 auf 30 erhöht werden. Eine eigene Gesellschaft für die Stadtwache wurde gegründet. Diese soll, weil es politisch nicht anders geht, von gleich zwei Geschäftsführern geleitet werden.

### Eigene Gesellschaft

Die Gesellschaft wird, wie man hört, einen Aufsichtsrat benötigen, der gewiss auch nicht billig sein wird. Da die Stadtwächter offensichtlich nicht gerne zu Fuß gehen, sollen auch noch Autos für sie angeschafft werden. Da wird ganz schön Geld beim Fenster hinaus geworfen nur um eine Truppe zu finanzieren, deren Aufgabe es ist, die BürgerInnen von Linz zu sekkieren. KPÖ-

Gemeinderätin Gerlinde Grönn war von Beginn der Debatte an gegen eine bewaffnete Sicherheitstruppe.

### Sozial investieren

Als einzige hat sie im Gemeinderat gegen das sogenannte Sicherheitsressort von Stadtrat Wimmer gestimmt: „Ich möchte in einer Stadt leben, die ihre Verantwortung gegenüber sozial Schwachen ernst nimmt, in der Parks, Straßen und Plätze als lebendige Kommunikationsorte für alle gelten und die es aushält, dass nicht alle Menschen nach der Norm leben“, so die KP-Gemeinderätin.

Also Investitionen ins Soziale, das würde eher helfen Konflikte zu vermeiden. Eine Stadtwache wird nur Konflikte bringen.

## Spitze Splitter aus dem Gemeinderat

### Gebührenstopp verlangt

Verlässlich gegen unsoziale Belastungen durch Tarif- und Gebührenerhöhungen ist die KPÖ. Daher lehnte GR Gerlinde Grönn die Erhöhung der Eintrittspreise im Botanischen Garten und die Anhebung der Marktgebühren ab und verlangte einen Gebührenstopp.

### Cash für Hetz-Pickerl

Mit 33.000 Euro wird die FPÖ-Jugend von 2010 bis 2013 subventioniert: „Der RFJ verlangte die Aufhebung des NS-Verbotsgesetzes, spricht von ‚Umvolkung‘, ist mit der Neonazi-Szene verfilzt, gab Aufkleber mit dem Spruch ‚Zuwanderung kann tödlich sein‘ heraus. Es ist nicht verantwortbar, dafür Steuergelder zu verwenden“, begründete GR Grönn ihr Nein.

### Getränkesteuer zurückbezahlt

Durch eine KPÖ-Anfrage im Gemeinderat wurde bekannt, dass die Stadt Linz an den Handel 1,40 Millionen Euro zwischen 1995 und 2000 geleistete Getränkesteuer zurückbezahlt hat. Faktisch ein Betrug an den KonsumentInnen, welche diese Steuer eigentlich über den Bierkonsum bezahlt haben.

### Kohle für das Kapital

Recht freizügig ist die Stadt Linz zur Wirtschaft: Diese läßt sich die Weihnachtsbeleuchtung mit rund 400.000 Euro Steuergeldern zahlen, der City-Ring erhält 150.000 Euro für Marketing, das Krone-Stadtfest 78.000 Euro. Die KPÖ sagte Nein zu diesen Beschlüssen.

## Westring ist überflüssig wie ein Kropf

Das Milliarden-Projekt löst keine Verkehrsprobleme, es kann sie höchstens verlagern.

Künftig verschwinden tausende Autos einfach im Tunnel und kommen nicht wieder zum Vorschein: So einfach sehen es Bürgermeister Dobusch und Landesbaureferent Hiesl. Für sie löst der Westring alle Verkehrsprobleme. Statt den öffentlichen Verkehr auszubauen und mit einer Freifahrt, wie von der KPÖ gefordert, eine zukunftsweisende Verkehrspolitik einzuschlagen, setzen SPÖ, ÖVP und

FPÖ unverdrossen auf das Wachstum der Autolawine.

### Milliardenprojekt abblasen

Außerdem ist die A26 Teil der „Trans-europäischen Netze“ und damit Teil der Transitstrecke. Während Brennerbasis- und Koralmtunnel aus Kostengründen in Frage gestellt werden, setzen Stadt und Land weiter auf den Westring. Es gibt aber genug Gründe, dieses Milliardenprojekt der ohnehin wie ein Staboffizier verschuldeten ASFINAG abzublasen.



## Antifaschismus im Gemeinderat

Neonazis und FP-PolitikerInnen stellen das Verbotsgesetz in Frage.

Die Angriffe von Rechtsaußen auf das NS-Verbotsgesetz waren für die KPÖ daher Anlass im Linzer Gemeinderat eine Resolution an die Bundesregierung zu beantragen. Das Verbotsgesetz ist der wichtigste Pfeiler des antifaschistischen Verfassungsauftrages der 2. Republik. Damit werden Naziorganisationen

verboten und das Leugnen von NS-Verbrechen unter Strafe gestellt. Wie wichtig dieses Gesetz ist, wird angesichts von Schmieraktionen in Mauthausen, Störaktionen in Ebensee, der verhinderten Kandidatur der Nationalen Volkspartei bei der Landtagswahl 2009 und einer offen agierenden Neonaziszene bewusst. Auch 65 Jahre nach dem Sieg über den Faschismus gelten die Worte von Bertolt Brecht: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch.“

Die Gegner argumentieren, das Verbotsgesetz würde die Meinungsfreiheit einschränken.

### NS-Propaganda untersagt

Dies wird durch die unbestrittene juristische Auffassung und Rechtsprechung, dass für nazistische Betätigungen kein Schutz durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung besteht, entkräftet. Bezeichnenderweise enthielten sich FPÖ und BZÖ bei dieser Resolution der Stimme.

Aktuell, Nummer 03, Juli 2010

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web <http://ooe.kpoe.at>; Konto Oberbank 480 2195 00 (BLZ 15.000); Druck: digitaldruck.at, Leobersdorf.



### Antwortkarte (oder E-Mail an [ooe@kpoe.at](mailto:ooe@kpoe.at))

Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infomaterial:

(Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und in den nächsten Postkasten werfen.)

- Kommunalprogramm
- Probeexemplar „Café KPÖ“
- Probeexemplar „Volksstimme“
- Probeexemplar „Die Arbeit“
- Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Postgebühr  
zahlt  
Empfänger!

**An die  
KPÖ-Linz  
Melicharstraße 8  
4020 Linz**